



Detailansicht des Registereintrags

Christine Aschenberg-Dugnus

Aktuell seit 27.07.2026 19:24:53

Natürliche Person

Tätigkeit bis 03/25:

Mitglied des Deutschen Bundestages

Registernummer:

R007688

Ersteintrag:

07.11.2025

Letzte Änderung:

27.07.2026

Letzte Jahresaktualisierung:

27.07.2026

Tätigkeitskategorie:

Anwaltskanzlei, Einzelanwältin oder
Einzelanwalt

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,12

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (3):

Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Krankenversicherung

Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Öffentliche Darstellung und Vertretung der Präventionsaktivitäten in gesundheitspolitischen Formaten, Beratung hinsichtlich der Darstellung des Präventionsengagements im gesundheitspolitischen und medialen Kontext, sowie Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich des Präventionsgesetzes, des Versicherungsvertragsgesetzes, des Bundesdatenschutzgesetzes und der Präventionsaktivitäten

Konkrete Regelungsvorhaben (2)

1. Präventionsgesetz

Beschreibung:

Neuregelung des Präventionsgesetzes hinsichtlich einer flächendeckend wirksamen Präventionsstrategie, die messbare positive Public-Health Effekte aufweist und Transparenz- und Qualitätssicherung gewährleistet. Erweiterung der PKV-Leistungen um Leistungen der Primärprävention, sowie die Befugnis zur datengestützten Erkennung individueller Gesundheitsrisiken

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

2. Änderung des Präventionsgesetzes, des Versicherungsvertragsgesetzes und des Bundesdatenschutzgesetzes

Beschreibung:

Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, um PKV Versicherten Angebote zur Primärprävention anbieten zu können mit konkreten Gesundheits- und Präventionsprogrammen

Betroffenes geltendes Recht:

VVG 2008 [alle RV hierzu]; BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (1)

1. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags zur Verbesserung der Gesundheitsförderung und Prävention werden Veranstaltungen besucht, zu der auch Mitglieder des Deutschen Bundestages eingeladen werden, um diese von der Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage zu überzeugen, damit die PKV ihren Versicherten Angebote zur Primärprävention machen kann.

Interessenbereiche: Gesundheitsförderung, Krankenversicherung

Konkrete Regelungsvorhaben: Änderung des Präventionsgesetzes, des
Versicherungsvertragsgesetzes und des Bundesdatenschutzgesetzes

Auftraggeber/-innen (1):

1. Verband der Privaten Krankenversicherung e.V.

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
0 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen:

Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **Übergangsgeld MdB**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Deutscher Bundestag

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Übergangsgeld nach Abgeordnetengesetz

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro